

Sitzung des Stadtrates am 24. September 2012

Mit knapp 10 Minuten Verspätung eröffnete der am 4. Juli in einer Sondersitzung des Stadtrates vereidigte neue Oberbürgermeister Sören Link die 26. öffentliche Sitzung des Duisburger Rates. Bereits vor dem Rathaus wurden die Mandatsträger von zahlreichen Bürgern empfangen, die gegen die Ablehnung des Bürgerbegehrens gegen den Verkauf des Grundstücks am Wambachsee demonstrierten. Mit Sitzungsbeginn füllten sie die sonst eher spärlich besetzten Zuschauerränge des Ratssaales. Neben ihrem eigentlichen Begehren zeigten diese Bürger starkes Interesse am „Top-Thema“ des Tages, der geplanten Eingliederung der städtischen Gesellschaft GfB zu den Wirtschaftsbetrieben und die damit verbundenen Personalentscheidungen.

Zunächst stand aber die Verpflichtung drei neuer Ratsmitglieder auf der Tagesordnung. Petra Vogt (CDU) und Frank Börner (SPD) waren als neue Abgeordnete in den Landtag von NRW eingezogen und hatten ihre kommunalen Ratsmandate niedergelegt. Auch Brigitte Diesterhöff von den Linken hatte ihr Ratsmandat niedergelegt, so dass nun gleich drei 'Nachrücker' vereidigt werden mussten. Für die SPD zog Sylvia Pohle in den Rat ein, für die CDU Joachim Schneider. Beide sind keine „Neulinge“, sie waren schon in der letzten Legislaturperiode im Rat der Stadt. Für die Linken rückte Frau Dilan Sinem Sert nach. Der OB sprach (stellvertretend) die Vereidigungsformel für alle drei, während sich alle Anwesenden von ihren Sitzen erhoben hatten.

Oberbürgermeister Sören Link hatte bei seiner Amtseinführung am 4. Juli 2012 auf eine längere Rede verzichtet und damals schon angekündigt, diese in der heutigen Ratssitzung nachzuholen. Zirka zwanzig Minuten lang führte der OB aus, welche Ziele und Schwerpunkte er sich gesetzt hat. Zu seinem wichtigsten Ziel erklärte er das Thema „Bildung“. Duisburg solle zukünftig in einem Atemzug mit dem Begriff „Bildung“ genannt werden, so wie die Stadt in der Vergangenheit mit dem Begriff „Stahl“ verbunden war. Dazu möchte er den Ausbau mit U3-Kindergartenplätzen und die Einführung der Sekundarschule vorantreiben. Außerdem soll mit Mitteln der Sprachförderung die hohe Zahl der Analphabeten gesenkt und die Universität enger mit der Stadt verzahnt werden. Sein zweites Schwerpunktthema beschrieb er mit „Sicherheit und Sauberkeit“ und als dritten Punkt erklärte er erwartungsgemäß die Finanzen der Stadt „in den Griff“ bekommen zu wollen. Zuletzt betonte er, dass die Menschen zukünftig wieder stolz auf ihre Stadt sein sollten.

Als nächstes stand das Bürgerbegehren gegen den Verkauf des Grundstücks am Wambachsee auf der Tagesordnung. Eine Bürgerinitiative hatte fast 16.000 Unterschriften dagegen gesammelt, dass ein Waldstück zur privaten Bebauung verkauft werden sollte und laut Initiative somit der einzige öffentliche Zugang zum See geschlossen würde. Die Verwaltung teilte nun mit, dass die rechtliche Prüfung der Unterschriftenlisten ergeben habe, dass das Bürgerbegehren nicht zulässig sei. Der Text auf der Vorderseite der Unterschriftenlisten deckte sich inhaltlich nicht mit dem Erläuterungstext auf der Rückseite, so dass es nicht eindeutig sei, wofür oder wogegen Unterschriften gesammelt wurden. Ob die Verwaltung die Bürgerinitiative bereits vor Monaten auf den Fehler hingewiesen hatte (wie von der Verwaltung beteuert wurde) oder bewusst nicht frühzeitig auf diesen Formfehler hingewiesen hatte (wie von der Initiative behauptet), konnte zwar nicht geklärt werden, die meisten Fraktionen konnten aber den Ärger, den die Initiatoren durch die Ablehnung ihres Begehrens empfanden, nachvollziehen.

Einstimmig beschloss der Rat die Verwaltungsvorlage, in der festgestellt wurde, dass das Bürgerbegehren nicht zulässig sei. Ein zusätzlicher Antrag von SPD und Linken, wonach der OB gebeten wurde das Problem im Gespräch mit den Bürgern zu lösen und die Verwaltung aufgefordert wurde, ihre Einschätzung der Rechtmäßigkeit zukünftig frühzeitiger kund zu tun, wurde von SPD, Linken, Grünen und CDU beschlossen, die FDP stimmte dagegen, die DWG enthielt sich der Stimme.

Zu Unstimmigkeiten und Diskussionen kam es bei Tagesordnungspunkt 7, der Neuwahl der kommunalen Mitglieder für das 'Ruhrparlament' RVR. Die Neuwahl der Duisburger Delegierten war nötig geworden, weil Duisburgs neuer Oberbürgermeister einer anderen Partei angehört als sein Vorgänger, dadurch verschieben sich die gesetzlich vorgeschriebenen OB-Mandate (und die Mehrheiten) im RVR, was so nicht vorgesehen ist und nur durch die Neuwahl aller Duisburger Mandatsträger geheilt werden konnte. Entgegen vorheriger Absprachen, wonach (wie 2009) eine gemeinsame Liste von SPD, Grünen und

Linken, sowie eine Liste der CDU und eine gemeinsame Liste von FDP/DWG zur Wahl stehen sollte, wurde die CDU-Liste der SPD/Linken/Grünen-Liste 'zugeschlagen' und über diese gemeinsame große Liste abgestimmt - somit waren rechnerisch alle RVR-Sitze vergeben.

Sofort ging der OB zum nächsten Tagesordnungspunkt über, ohne über die FDP/DWG-Liste abstimmen zu lassen. Nach Einspruch unseres Fraktionsvorsitzenden Wilhelm Bies unterbrach der OB zur Klärung der Frage die Ratssitzung. In der Pause wurde festgestellt, dass der OB nicht auf die SPD-Liste angerechnet werden durfte, so dass doch noch ein Sitz für den RVR frei war. Nach der Sitzungsunterbrechung wählte der Rat die FDP/DWG-Liste einstimmig. Wilhelm Bies ist also wieder zum Mitglied der Verbandsversammlung des Regionalverbandes Ruhr (RVR) gewählt worden, Frank Albrecht zum Stellvertreter.

In den darauffolgenden Tagesordnungspunkten wurde der neue Oberbürgermeister kommentarlos in zahlreiche Aufsichtsräte städtischer Gesellschaften und Beteiligungen gewählt, was nicht nur üblich ist, sondern auch in vielen Gesellschafts-Geschäftsordnungen so vorgeschrieben ist.

Es folgten die Jahresabschlüsse der IDE (Innenstadt Entwicklungsgesellschaft mbH) für 2011, RPM (Revierpark Mattlerbusch GmbH) für 2011 und der GEBAG für das Jahr 2010. Bei allen drei enthielt sich die FDP-Ratsfraktion der Stimme, da sie nicht in den Aufsichtsgremien dieser Gesellschaften vertreten ist.

Die Tagesordnungspunkte 20, 21 und 22 beschäftigten sich mit dem Übergang der städtischen Gesellschaft GfB (Gesellschaft für Beschäftigungsförderung) zu den Wirtschaftsbetrieben (WBD-AöR). Die GfB war vor vielen Jahren gemeinsam mit Industrie- und Handelskammer und Kreishandwerkerschaft gegründet worden. Nun sollen die Wirtschaftsbetriebe die Anteile von IHK und Kreishandwerkerschaft kaufen (je 10%) und den städtischen Anteil kostenlos überschrieben bekommen. Zudem sollen in diesem Zusammenhang zwei weitere Geschäftsführer bei den Wirtschaftsbetrieben installiert werden, was schon im Vorfeld der Ratssitzung zu großem Unmut in der Bevölkerung und bei den Oppositionsparteien führte. Für diese Posten sind (ohne jede Ausschreibung) der derzeitige Stadtdirektor Dr. Peter Greulich (Grüne) und der jetzige Geschäftsführer der SPD-Ratsfraktion Uwe Linsen vorgesehen. Entsprechend hart kämpften die SPD-Vertreter für ihr Vorhaben.

Die Fraktion der Grünen war offensichtlich gespalten, denn Ratsfrau Claudia Leiße beantragte „für eine große Mehrheit der grünen Mandatsträger“ die erste Lesung der gesamten Angelegenheit, während der Fraktionsvorsitzende Prof. Dieter Kantel erklärte, gegen eine erste Lesung zu stimmen und für „die Mehrheit der Ratsfraktion“ zu sprechen. Die Linken kämpften vehement für „die Beschäftigten (124) und für alle Maßnahmenteilnehmer (über 1.000)“ in der GfB. Das die in einem Gutachten vermuteten Synergieeffekte und Einsparungen durch die erhöhten Personalkosten der zusätzlichen WBD-Geschäftsführer sogar noch übertroffen werden, nahmen weder SPD, Linke noch Grüne zum Anlass, ihre Pläne zu überdenken. CDU, FDP und DWG hielten in zahlreichen Wortmeldungen empört dagegen. FDP-Fraktionsvorsitzender Wilhelm Bies erklärte, dass die Wirtschaftsbetriebe nun offenbar zu einer „Endverwendungsbehörde für verdiente Parteigänger“ umgebaut werden solle. Der (neue) CDU-Fraktionsvorsitzende Rainer Enzweiler machte den Vorschlag, einfach 1,5 Mio. Euro von den Wirtschaftsbetrieben zur GfB zu überweisen und die Gesellschaft somit zu retten aber im Gegenzug auf alle Personal-Angelegenheiten und die Verschmelzung beider Gesellschaften zu verzichten. Erwartungsgemäß ließ sich Rot-Rot-Grün davon nicht beeindrucken.

DWG, FDP und CDU beantragten eine geheime Abstimmung zum ersten der relevanten Tagesordnungspunkte. Aber selbst in geheimer Abstimmung konnte kein Mandatsträger von SPD, Linken oder Grünen überzeugt werden, gegen die umstrittenen Personal-Pläne zu stimmen. Die Abstimmung endete 44 zu 27 bei einer Enthaltung. Dem Ergebnis nach stimmten sogar noch zwei Mitglieder aus dem „gegnerischen“ Lager zu, denn Rot-Rot-Grün und OB verfügten an diesem Tag nur über 42 Stimmen... Die weiteren offenen Abstimmungen zu diesem Thema ergaben das gleiche Bild: SPD, Linke und Grüne stimmten mehrheitlich dem Zusammenschluss und der entsprechenden Änderung der Unternehmenssatzungen zu. Sogar einem Antrag der Linken, wonach der GfB-Aufsichtsrat für betriebsfremde 'Gewerkschaftsfunktionäre' geöffnet werden solle, verhalfen die drei Fraktionen kompromisslos zur Mehrheit.

Ein interessanter Tagesordnungspunkt war die interkommunale Zusammenarbeit mit der Stadt Dinslaken. Das Call-Center, das die Stadt Duisburg seit Jahren betreibt, wird zukünftig auch die Bürgeranrufe der

Dinslakener Bürger aufnehmen und bearbeiten. Die Stadt Duisburg erhält für diesen Dienst 86.000 Euro jährlich, was einer Leistung von ca. 150 Anrufen pro Tag entspricht. Die Behördenrufnummer 115 wird sich auch überregional weiter etablieren, so dass der Dienst zukünftig noch weiteren Kommunen angeboten werden soll.

Unter Top 27 beschlossen die Mandatsträger von SPD, Linken, Grünen, CDU und DWG die Reduzierung des künftigen Stadtrates um 2 auf 72 Mitglieder und gleichzeitig die Reduzierung der 37 Kommunalwahlbezirke auf 36. Hierbei handelte es sich um eine der Maßnahmen, die aus den Beschlüssen zum Haushaltssanierungsplan resultieren. Da die FDP den Haushaltssanierungsplan nicht mitgetragen hatte, lehnte sie konsequenterweise auch diesen Beschluss ab.

Auch die vorgeschlagene Auflösung der Grundschule an der Obermauerstraße (Stadtmitte) lehnte die FDP (und die Grünen) ab, weil es im Umfeld keinen adäquaten Ersatz gibt und diese Schule sich durch besondere Lehrmethoden auszeichnet. FDP-Ratsherr Frank Albrecht regte an, dass die zukünftig zuständige Schule diese besonderen Lehrmethoden übernehmen sollte.

Desweiteren hatten die Ratsmitglieder über einen Vorschlag der Verwaltung zum zukünftigen Veranstaltungsmodus der Festivals „Traumzeit“ und „Akzente“ zu entscheiden. Mangels privatem Sponsoring sollten beide Festivals zukünftig im jährlich wechselnden Rhythmus stattfinden. Die dann pro Jahr dafür zur Verfügung stehenden Mittel wären sogar etwas höher als jetzt ausgefallen. SPD, Linke und Grüne hatten diesen Verwaltungsvorschlag aber bereits im Kulturausschuss geändert beschlossen. Rot-Rot-Grün möchte unbedingt beide Festivals immer stattfinden lassen, die Verwaltung „sollte Überlegungen anstellen“, wie dies zu finanzieren sei... In dieser 'unrealistischen' Änderung, bei der die Gefahr besteht, dass für eines der beiden Festivals letztendlich gar keine Mittel mehr zur Verfügung stehen, stimmten FDP und CDU dagegen.

Die Einrichtung integrativer Lerngruppen in Walsum (GHS Ludgerusstraße) und in Rheinhausen (Heinrich-Heine-Gesamtschule) beschloss der Rat einstimmig, ebenso wie die Änderung der Entgeltordnung für die Stadtbibliothek, wonach demnächst Erst- und Zweitklässler einen kostenlosen Bibliotheksausweis erhalten sollen, auch unabhängig von organisierten Klassenbesuchen, bei denen dies bisher schon üblich war.

Im Nachhinein hatte der Stadtrat zwei Dringlichkeitsbeschlüsse des Oberbürgermeisters zu genehmigen: erstens die (längst überfällige) Verlängerung des Vertrages mit dem Generalintendanten der Deutschen Oper am Rhein (DOR), Herrn Christoph Meyer, und die Aufstellung der Skulptur „Hommage á Mercator“ (bekannt als Werthmann-Kugel) auf dem Kuhlenwall-Karree vor dem Sparkassengebäude. Wie in der Beschlussvorlage nachzulesen war, gab es in beiden Fällen gute Gründe, die Entscheidung (die der OB bereits am 10. Juli fällte) nicht bis zur Ratssitzung am 24. September zu verschieben, so beschloss der Rat einstimmig. Ebenso einstimmig wurden eine neue (aber nur unwesentlich veränderte) „Ordnungsverordnung“ für das Stadtgebiet, eine neue Satzung für das Jugendamt, eine Neufassung der Tarifordnung Sport und „das weitere Vorgehen“ bei der Gestaltung des Bahnhofsvorplatzes beschlossen. Hier soll in einem neuen Prozess unter Einbeziehung von Politik, Bürgern und Verwaltung neue Ideen gesammelt werden und nach neuen Finanzierungs- und Fördermöglichkeiten gesucht werden.

Die zuständige Bezirksvertretung Meiderich/Beeck und zahlreiche Ausschüsse hatten in den Wochen vor dieser Ratssitzung bereits beschlossen, ein integriertes Handlungs- und Entwicklungskonzept für den (Problem-)Stadtteil Laar zu entwerfen und die EG-DU mit der Umsetzung zu beauftragen. Ferner wurde eine Satzung beschlossen, wonach die Stadt ein besonderes Vorkaufsrecht an Grundstücken in Laar bekommt um unerwünschten Entwicklungen entgegenwirken zu können. Der Rat beschloss alle geplanten Maßnahmen für Laar einstimmig.

Natürlich lagen auch in dieser Ratssitzung wieder zahlreiche Jahresabschlüsse und Wirtschaftspläne städtischer Gesellschaften vor, ebenso wie die Aufstellung und Änderung von Bebauungsplänen und Flächennutzungsplänen im gesamten Stadtgebiet. Diese Vorlagen wurden alle einstimmig beschlossen, im Gegensatz zur „Aufhebung des Aufstellungsbeschlusses zur Umgehungsstraße in Ruhrort“. Hier ist seit vielen Jahren eine Straße geplant, die aus heutiger (finanzieller) Sicht vermutlich nie zu realisieren sein wird. Dennoch konnten Unternehmen, die in diesem Bereich ansässig sind, keine Erweiterungen ihrer Betriebe vornehmen, weil die Pläne zur Umgehungsstraße bisher Vorrang hatten. Jetzt drohten die ersten Unternehmen sich einen neuen Standort zu suchen und die Verwaltung schlug daher vor, die Pläne für die Straße ad acta zu legen und somit den Erweiterungsplänen der Unternehmen nicht weiter im Wege zu

stehen. Diesem Gedanken konnten sich alle Fraktionen, außer der CDU, anschließen. Bürgermeister Benno Lensdorf (CDU) aus Ruhrort argumentierte für den Erhalt der Pläne zur Umgehungsstraße.

Beim Thema „Fairtrade-Town“ waren sich CDU und SPD eigentlich einig, jedoch reklamierten beide die Urheberschaft der Idee. Zunächst hatte die CDU einen Antrag gestellt, wonach Duisburg sich der „Fairtrade-Town“-Initiative anschließen sollte, was z.B. bedeutet, dass in allen Ämtern nur noch fair gehandelter Kaffee ausgeschenkt werden sollte. Dem 'begegneten' SPD, Grüne und Linke mit einem gleichlautenden Antrag, der jedoch auch den Kaffee bei politischen Sitzungen einbezog und bei dem eine lokale Steuerungsgruppe gegründet werden sollte. Nur die FDP stimmte gegen diese Vorschläge.

Einstimmig wurde ein Antrag von SPD, Grünen und Linken beschlossen (Initiative für Ausbildungsplätze), wobei der Oberbürgermeister gebeten wurde, „Gespräche mit allen Beteiligten zu führen“, die die Anzahl der Ausbildungsplätze in Duisburg erhöhen könnten. So einen Antrag kann niemand ablehnen...

...im Gegensatz zur Forderung „Vermögenssteuer jetzt!“, die von SPD, Grünen und Linken erhoben wurde. Demnach sollte sich der Rat für die Einführung einer Vermögenssteuer aussprechen und der OB sollte sich auf Landes- und Bundesebene dafür einsetzen. Bei den Befürwortern des Antrags führte (natürlich) Verdi-Chef Thomas Keuer das Wort, bei den Gegnern war es der FDP-Fraktionsvorsitzende Wilhelm Bies. Er bezeichnete die polemisch formulierte Begründung des Antrag als Begründung zur Ablehnung. FDP, CDU und DWG stimmten dagegen.

Aus einem CDU-Antrag, wonach der „baubegleitende Projektausschuss City-Palais“ wieder eingesetzt werden sollte, wurde nach kurzer heftiger Diskussion ein gemeinsamer Antrag aller Fraktionen. Alle waren der Meinung, dass ein Ausschuss zur Aufklärung der Vorkommnisse, die jetzt dazu führten das die Mercatorhalle geschlossen werden musste, beitragen könne. Die SPD wollte diesen Ausschuss jedoch beim Betriebsausschuss IMD anlehnen, während die CDU diesen beim Ausschuss für Stadtentwicklung ansiedeln wollte. Die SPD setzte sich durch, so wird demnächst ein „Projektausschuss“ eingesetzt, der jedoch nicht mit einem parlamentarischen Untersuchungsausschuss zu vergleichen ist, da er letztendlich keinerlei Befugnisse hat.

Die FDP hatte nur einen Antrag auf der Tagesordnung der Ratssitzung. Es handelte sich um den Antrag, der vom letzten FDP-Kreisparteitag mehrheitlich beschlossen wurde, wonach dem ehemaligen Duisburger Oberbürgermeister Dr. Karl Jarres eine Ehrung auf dem Bahnhofsvorplatz zuteil werden soll. Die SPD schlug vor, die Idee in die Überlegungen zur Gestaltung des Bahnhofsvorplatzes einfließen zu lassen, dies aber in der heutigen Ratssitzung nicht explizit zu beschließen, da die SPD (und mit ihr vermutlich auch Grüne und Linke) diesen Antrag ansonsten ablehnen würden und ein Denkmal o.ä. somit ganz ausgeschlossen wäre. Die FDP ließ sich darauf ein und zog den Antrag zurück. Dennoch überreichte FDP-Ratsherr Frank Albrecht Baudezernent Tum den Antrag, damit er auch ohne Ratsbeschluss in die Vorschläge, Ideen und Pläne zur Neugestaltung des Bahnhofsvorplatzes einfließen kann.

Auch ein Antrag der CDU, der auf eine Initiative des Walsumer FDP-Bezirksvertreters Dirk Schlenke zurück zu führen ist, wurde von Rot-Rot-Grün mehrheitlich abgelehnt. Dirk Schlenke hatte herausgefunden, dass die Kosten, die beim Allwetterbad in Walsum dadurch eingespart werden sollten, indem das flexible Dach zukünftig nicht mehr geöffnet werden sollte, nicht zu generieren sind, da das vorhandene Dach sowieso Kosten verursacht, unabhängig davon, ob es geöffnet wird oder nicht. Dennoch waren die Berechnungen in den Haushaltssicherungsplan eingeflossen. Die CDU beantragte nun (wie von der BV-Walsum bereits einstimmig beschlossen), dass dieser Beschluss zurück genommen werden sollte. Der Oberbürgermeister, SPD, Grüne und Linke wehrten sich, da man dem beschlossenen Sparpaket nichts entnehmen dürfe, ohne die Summe anderweitig auszugleichen (selbst dann nicht, wenn die geplante Summe erwiesenermaßen nicht erreicht werden kann...).

Beim letzten und 87sten Tagesordnungspunkt beantragte die SPD eine Änderung der Besetzung des Verwaltungsrates der Wirtschaftsbetriebe. Zwei Stellvertreter der SPD wurden parteiintern ausgewechselt, die neu Gewählten werden in der kommenden Sitzung des Verwaltungsrates die in dieser Ratssitzung beschlossenen Personalentscheidungen beschließen.

Die nächste Ratssitzung ist für den 10. Dezember 2012 geplant. Anschließend werden wir Ihnen selbstverständlich wieder ein Ratsinfo zukommen lassen. Bis dahin wünscht Ihnen die Ratsfraktion schöne Herbstferien und eine erfolgreiche Zeit.